Sachsen-Anhalt kann mehr.

Zeit für neue Ansprüche.

Katrin Budde
SPD-Landesvorsitzende und
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt
8. März 2015

Inhalt

Mein Weg in die Politik 5

1. Mehr Demokratie wagen 7
2. Abschied vom Billiglohnland 9
3. Neuer Schwung für die Wirtschaft 11
4. Sozialen Kitt erneuern 15
5. Exzellente Forschung und Lehre 17
6. Familie als Ort der Geborgenheit 19
7. Land der klugen Köpfe 20
8. Reich an Kultur, reich durch Kultur 22
9. Gleichstellung verwirklichen 24
10. Sicherheit garantieren 26
11. Energie mit Zukunft 28
12. Demografischer Wandel als Herausforderung 30
13. Solide haushalten – vernünftig abwägen 32
14. Digitales Sachsen-Anhalt 33

Gemeinsam nach vorn 35

Fotos: Jens Wolf, Fotolia/kasto (S. 18), panthermedia.net/Meseritsch Herby (S. 21), Wikipedia/Dbachmann (S. 23), Fotolia/mahey (S. 28/29)

Mein Weg in die Politik

Meine Heimat ist Sachsen-Anhalt, auch wenn sie erst mein halbes Leben so heißt. Als die Mauer zu Fall gebracht wurde, war ich fast 25 Jahre alt, verheiratet, hatte mein Studium an der damaligen Technischen Universität Magdeburg als Diplom-Ingenieurin abgeschlossen und sammelte erste Berufserfahrungen.

Und plötzlich war fast alles anders: Der Staat, in dem ich meine Kindheit und Jugend verbracht hatte, in dem ich erwachsen wurde, existierte nicht mehr. Die Menschen hatten sich gegen das SED-Regime und für Freiheit und Demokratie entschieden. Mit tausenden Gleichgesinnten hatte ich von Beginn an an den Montagsdemonstrationen teilgenommen und den Stadtverband der damaligen SDP und späteren SPD mitgegründet. Ich erinnere mich heute noch gern an die Aufbruchsstimmung.

Natürlich mischte sich in die unbeschreibliche Freude und den Stolz auf das historische Wunder dieser Friedlichen Revolution auch Unsicherheit. Zu dem Zeitpunkt wusste ich nicht, was die Menschen, für die und mit denen wir Montag für Montag auf die Straße gegangen waren, erwartet. Ich fühle mich auch ihnen gegenüber in der Verantwortung – denn von einem war ich im Sommer 1989 überzeugt und bin es bis heute: Meine Heimat hat großes Potenzial, auch wenn wir alle noch hart arbeiten müssen und einen langen Atem brauchen. Die Basis dafür hat die heutige ältere Generation gelegt. Daher müssen auch ihre zu DDR-Zeiten erbrachten Lebensleistungen gewürdigt und anerkannt werden.

Für die damals errungene Freiheit war und bin ich bereit, mich Herausforderungen – auch gegen Widerstände und bei Enttäuschungen – zu stellen und Verantwortung zu übernehmen. Mein Leitbild ist, allen einen gerechten, sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Jede und jeder soll die gleichen Chancen auf Arbeit, Bildung und soziale Teilhabe haben.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie es sich anfühlt, nicht offen seine Meinung sagen zu können, im Denken reglementiert zu sein, sich nicht verwirklichen zu können und wegen seiner Meinung ausgegrenzt zu sein. Um das Leben in diesem wundervollen Sachsen-Anhalt für die Menschen gerechter zu gestalten und niemanden zurückzulassen, bin ich in die Politik gegangen

In den letzten 25 Jahren hat die Sozialdemokratie das Land 17 Jahre lang maßgeblich mitregiert und mitgestaltet. Sachsen-Anhalt geht es heute besser als jemals zuvor. Der Lebensstandard der Menschen im Land ist gestiegen. Noch nie seit den dramatischen wirtschaftlichen Veränderungen nach 1990 waren so viele Menschen in Arbeit. Die Abwanderung ist gestoppt, mehr Menschen kommen zu uns, um hier zu arbeiten und eine Familie zu gründen. Die heimische Wirtschaft blieb auch in den Jahren der Wirtschafts- und Finanzkrise stabil. Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Menschen ist ungebremst.

Sachsen-Anhalt wurde gut regiert. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ist es gelungen, keine neuen Schulden aufzunehmen und sogar mit der Tilgung unseres Schuldenberges zu beginnen. Die Landesverwaltung wurde umgebaut und ist heute effizienter und schlagkräftiger. In der Bildungspolitik wurden viele Schulen und Kitas energetisch saniert und mit der Gemeinschaftsschule eine neue und gerechte Schulform geschaffen. Bei der Kinderbetreuung haben wieder alle Kinder ein Recht auf eine Ganztagsbetreuung. Mit dem Vergabegesetz dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Firmen gehen, die Tariflöhne zahlen.

Fakt ist: Wir sind zwar in den letzten 25 Jahren in vielen Bereichen ein gutes Stück weiter gekommen, dennoch liegen noch viele Herausforderungen vor uns. Dabei stehen für

mich neben der Bewältigung des demografischen Wandels mit all seinen Auswirkungen die Weiterentwicklung einer tragfähigen Wirtschaftsstruktur, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines gerechten Arbeitsmarktes im Vordergrund.

Jenseits der tagespolitischen Themen betrübt es mich besonders, dass es uns noch nicht gelungen ist, unserem Land in der Bundesrepublik ein besseres Ansehen zu verschaffen. Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Rolle Sachsen-Anhalts und seiner Menschen gewürdigt wird. Wir sind zwar ein kleines Bundesland und haben nicht die Wirtschaftskraft wie andere, größere Bundesländer. Doch hier leben fleißige, kluge, beharrliche und pfiffige Menschen. Da halten wir jedem Vergleich mit Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen stand. Deshalb war und ist eine Auflösung Sachsen-Anhalts und die Neugründung eines Bundeslandes Mitteldeutschland für mich keine Option.

Wir haben nicht nur Grund, stolz auf Sachsen-Anhalt als Kernland der deutschen Geschichte zu sein oder darauf, dass Martin Luther vor knapp 500 Jahren seine Thesen an die Schlosskirche zu Wittenberg anschlug und dies der Startschuss für die weltweite Reformation war. Wir können auch Stolz und Kraft daraus schöpfen:

- dass wir gemeinsam unser Land vorangebracht haben,
- dass wir eine gut funktionierende Wirtschaft und starke Sozialpartner haben,
- dass unsere Hochschulen leistungsstark sind,
- dass unser Sozialwesen gut funktioniert,
- dass viele ehrenamtlich tätige Frauen und Männer engagierte Vereinsarbeit leisten,
- dass inzwischen mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt ziehen als das Land verlassen.

In diesem Jahr lebe ich genauso lange in Sachsen-Anhalt, wie ich in der DDR gelebt habe. Meine Ausbildung und meine soziale Prägung bekam ich in der ersten Hälfte meines Lebens, mein berufliches Rüstzeug, meine Erfahrungen als Mutter, Ehefrau und Politikerin in der bisherigen zweiten Hälfte.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam die Zukunft unseres Bundeslandes gestalten zu können, und freue mich auf die Diskussionen mit Ihnen.

Ihre

Katrin Budde

1. Mehr Demokratie wagen

„Mehr Demokratie wagen“ – das war der Titel der Regierungserklärung von Willy Brandt, die er 1969 als erster Kanzler einer Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung abgab. Die SPD kann stolz sein auf ihre demokratische Tradition und ihre historischen Leistungen für die Demokratie. Eine Sternstunde der Demokratiebewegung war die Friedliche Revolution 1989.

Heute, über 45 Jahre nach der Erklärung von Willy Brandt und 25 Jahre nach der Errungenschaft der Demokratie für Gesamtdeutschland, müssen wir leider feststellen, dass die Möglichkeiten der Demokratie von Teilen der Bevölkerung nicht genutzt werden. Im vergangenen Jahr haben wir Wahlen in drei neuen Bundesländern erlebt, bei denen die Wahlbeteiligung um die 50 Prozent lag. Das heißt: Fast jede zweite Bürgerin und jeder zweite Bürger ist nicht wählen gegangen! Auch in Sachsen-Anhalt haben wir ähnliche Erfahrungen bei Wahlen, erleben aber gleichzeitig vielfältige politische und gesellschaftliche Initiativen und ein großes Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Daraus schließe ich, dass sie nicht das Interesse an politischen Themen an sich verloren haben – vielmehr hat bei zu vielen Menschen das Vertrauen in die politisch Handelnden und in die staatlichen Institutionen gelitten. Dazu kommt bei einigen das Gefühl, von oben herab regiert zu werden und kaum Einflussmöglichkeiten auf die Politik zu haben. Das müssen wir gemeinsam ändern!

Ich mache keine Politik von oben herab. Ich möchte eine Politik auf Augenhöhe. Ich will im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten, was wichtig und was möglich ist. Das ist mein Anspruch. Die SPD wird dabei nicht nur mit ihren Inhalten, sondern auch mit einem neuen Regierungsstil überzeugen. Die neue Landesregierung wird ein lernendes, interaktives und kommunikatives Team sein.

Der ständige Dialog ist mir wichtig, doch er endet bei denjenigen, die die Ängste und Sorgen der Menschen missbrauchen, um Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu schüren. Das ist für mich nicht verhandelbar. Unsere Aufgabe ist es, durch Aufklärung und Information deutlich zu machen, dass Ängste wie die vor der vermeintlichen Islamisierung unserer Gesellschaft irrational sind. Auch als Christin sage ich deutlich, dass man die Werte des Abendlandes nicht dadurch verteidigt, dass der Respekt vor dem Fremden, Nächstenliebe und Barmherzigkeit aufgegeben werden. Wir werden das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt fortsetzen. Mein Anspruch ist es, eine aktive Bürgergesellschaft zu fördern. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben in Sachsen-Anhalt keinen Platz.

Ich möchte für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und für neue Formen der Beteiligung werben. Es müssen stärkere Möglichkeiten des unmittelbaren Kontaktes zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden. Dazu will ich in der Staatskanzlei ein Bürgerbüro einrichten und eine Bürgersprechstunde einführen. Mein Ziel ist ein offener, klarer und ehrlicher Meinungsaustausch zwischen Politik und den Menschen unseres Landes. Wichtig ist mir dabei, dass jede und jeder die Chance bekommt, sich zu beteiligen und die Kommunikation nicht von vornherein auf Interessenverbände und Lobbyisten begrenzt wird.

Ich möchte nicht nur zu Wahlen das direkte Gespräch suchen, sondern während der ganzen Legislaturperiode Bürgerforen durchführen. Mir geht es um einen offenen Dialog zu wesentlichen politischen Themen. Zudem halte ich es für zeitgemäß, dass Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker bei ihren Terminen im Land regelmäßig auch Zeit für direkte Gespräche mitbringen.

Wir werden nicht nur den Dialog stärken. Direkte Demokratie muss auch durch echte Rechte auf Mitentscheidung verwirklicht werden. In Sachsen-Anhalt sind wir mit der Parlamentsreform schon einen ersten Schritt gegangen. So sind die Quoren für Volksbegehren gesenkt worden. Künftig werden alle Bürgerinnen und Bürger über die Abstimmungsfragen von Volksbegehren informiert. Auf Bundesebene sehe ich da einen großen Nachholbedarf.

2. Abschied vom Billiglohnland

Eine wesentliche Grundlage für eine lebenswerte Gesellschaft, wie ich sie anstrebe, ist eine starke Wirtschaft. Eine starke Wirtschaft kann es nur mit guter Arbeit geben, daher können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur gemeinsam erfolgreich sein.

Jahrelang hat die CDU bei potentiellen Investoren damit geworben, dass in Sachsen-Anhalt unterdurchschnittliche Löhne gezahlt werden und nur cirka 25 Prozent der Unternehmen an Tarife gebunden sind. Heute zeigt sich, dass damit auf das falsche Pferd gesetzt wurde. Mittlerweile fehlen in vielen Bereichen qualifizierte Fachkräfte. Wir haben in den letzten Jahren zu viele junge und gut qualifizierte Fachkräfte verloren. Sie sind in andere Bundesländer gegangen, weil sie dort besser bezahlte Arbeit gefunden haben. Gerade junge Menschen brauchen verlässliche Perspektiven für Ausbildung, Beruf, Erwerbseinkommen und Familiengründung, damit sie gute Gründe zum Hierbleiben und Anpacken haben. Eine Niedriglohnstrategie ist keine geeignete Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Sachsen-Anhalt als Billiglohnland hat ausgedient.

In den Unternehmen beginnt inzwischen ein Prozess der Neuorientierung. Löhne und Gehälter werden den Branchenentgelten angeglichen und Tarifverträge neu abgeschlossen. Das ist jedoch ausbaubar. Es ist gut, wenn sich im Rahmen der Tarifautonomie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf bessere vertragliche Bedingungen einigen. Dort, wo das noch nicht erreicht wurde, gilt seit diesem Jahr der Mindestlohn. Das ist ein großer Erfolg der Sozialdemokratie, der vielen Menschen in unserem Land dabei hilft, von ihrer eigenen Arbeit leben zu können. Für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen haben wir in Sachsen-Anhalt ein Vergabegesetz in Kraft gesetzt, das die Umsetzung tariflicher und sozialer Kriterien zur Voraussetzung für die Auftragsvergabe macht.

Mindestlöhne sind aber nur eine Seite der Medaille. Gut qualifizierte Ingenieurinnen und Ingenieure, Technikerinnen und Techniker, Facharbeiterinnen und Facharbeiter erwarten zu Recht gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen hier bleiben oder nach Sachsen-Anhalt zurückkehren. Wenn wir dem Fachkräftemangel wirksam begegnen wollen, brauchen wir mehr zwischen den Tarifvertragsparteien verbindlich abgeschlossene Tarifverträge, die zum Beispiel noch bestehende Einkommensunterschiede Ost/West abbauen, die Arbeitszeiten verbindlich

regeln und einen Rechtsanspruch auf Sonderzahlungen festschreiben. Dabei sind Demografie-Tarifverträge wie die der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ein gutes Vorbild für andere Unternehmen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände müssen gestärkt werden, damit Tarifautonomie gelebt werden kann.

Demokratie endet nicht am Werkstor. Organisierte Mitbestimmung ist eine wesentliche Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen, für engagierte Beschäftigte und letztlich auch für positive Betriebsergebnisse. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht, Betriebsräte zu wählen. Dabei werden sie von ihren Gewerkschaften unterstützt. Scheinselbständigkeit, Leiharbeit und Werkverträge haben vielfach zu einer Entsolidarisierung der Beschäftigten geführt. Diese Entwicklung kann nur durch starke Betriebsräte und starke Gewerkschaften gestoppt werden. Das Ziel ist nach wie vor die Gründung gewerkschaftlich organisierter Betriebsräte. Es ist deshalb erfreulich, dass in vielen Betrieben die betriebliche Mitbestimmung zur selbstverständlichen Unternehmenskultur gehört.

In Sachsen-Anhalt sind Unternehmen mit Betriebsräten noch in der Minderheit. Das muss sich ändern. Wir haben bereits dafür gesorgt, dass die Gewährung von Fördermitteln an die Einhaltung sozialer Standards gebunden ist. Dazu gehört für mich auch die Gründung von Betriebsräten. Wir sind klug beraten, dafür bei der zukünftigen Vergabe von Fördermitteln einen Anreiz zu setzen.

Zu guter Arbeit gehören nicht nur das Entgelt, die Arbeitsbedingungen oder die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fühlen sich durch eine ständige Bereitschaft und Verfügbarkeit belastet. Nach einer Studie der Techniker Krankenkasse (TK) sind 35 Prozent der Angestellten ständig online. Jede und jeder Zweite, die oder der in Teilzeit arbeitet, klagt darüber, stets erreichbar sein zu müssen. Die Digitalisierung der Gesellschaft führt zur Ausweitung von Stress, zusätzlichen Belastungen und psychischen Erkrankungen. Einige Unternehmen haben klare Regelungen dafür geschaffen, psychische Belastungen am Arbeitsplatz abzubauen. Dazu gehören zum Beispiel Festlegungen für den Umgang mit E-Mails nach Feierabend. Gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften, mit Arbeitgebern und Unternehmen werde ich auf Landesebene nach Möglichkeiten suchen, wie solche Lösungen auf alle Betriebe übertragen werden können. ■

3. Neuer Schwung für die Wirtschaft

Eine starke Wirtschaft ist die Basis für Wohlstand, für Beschäftigung und für staatliches Handeln. Weil mir das schon zu Beginn meiner politischen Arbeit klar war, habe ich mich frühzeitig der Wirtschaftspolitik verschrieben. Ich habe über sieben Jahre den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie geleitet und war in den Jahren 2001 und 2002 Wirtschaftsministerin unseres Landes. Diese Jahre haben mich besonders geprägt, denn Sachsen-Anhalt war das ostdeutsche Bundesland mit den schwierigsten Startbedingungen nach der Wende. Entsprechend schwierig gestaltete sich der wirtschaftliche Umwandlungsprozess, der teilweise ein radikaler Umbruch war und der viel zu häufig zum Verlust des Arbeitsplatzes geführt hat – ein persönlicher Schicksalsschlag für viele Menschen.

Wir brauchen frischen Wind und neuen Schwung für den wirtschaftlichen Ausbau in unserem Land. Der Beschäftigungszuwachs und die Einkommensentwicklung in den letzten 25 Jahre belegen zwar die positive wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Wirtschaftskraft und Wohlstandsniveau haben sich deutlich verbessert. Doch trotz des sichtbaren Aufholprozesses existiert noch immer ein deutliches West-Ost-Gefälle. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen hat sich in Ostdeutschland seit 1991 mehr als verdoppelt, liegt aber immer noch nur bei rund 77 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes. Die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Länder insgesamt ist auf dem Niveau der westdeutschen Länder von etwa Mitte der 1980er Jahre. Die Gründe dafür sind bekannt: Kleinteiligkeit der Wirtschaft, zu wenige Unternehmen, ein zu kleiner industrieller Mittelstand, weniger Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft, unterdurchschnittliche Gründungsintensität, geringere Exportquote und mangelnde Liquidität.

Die Wirtschaft in ihrer Entwicklung zu unterstützen, das geht nur im Dialog. So vielfältig die Entwicklungsmöglichkeiten sind, so unterschiedlich sind sie für die Branchen in unserem Land. Deshalb brauchen wir einen themenspezifischen Branchendialog. Fördermittel sind für wirtschaftliches Wachstum wichtig, aber nicht allein entscheidend. Oft sind es die so genannten weichen Standortbedingungen, ist es das Klima im Land gegenüber Unternehmerinnen und Unternehmern. Hier gibt es viel zu tun.

Es ist eine Binsenweisheit, dass Innovationen, Forschung und Entwicklung die Schlüssel für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum sind. In keinem anderen Bundesland aber ist der Anteil von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von Unternehmen derart niedrig wie in Sachsen-Anhalt. Der Anteil des Personals im Bereich Forschung und Entwicklung in Unternehmen in Sachsen-Anhalt beträgt nur 3,3 Prozent. In Deutschland sind es durchschnittlich 12,1 Prozent. Wir haben im Vergleich zu den anderen Ländern eine umgekehrte Situation im Bereich Forschung und Entwicklung: Unternehmen sind im Vergleich zu staatlichen Einrichtungen deutlich unterrepräsentiert. Rund 30 Prozent der Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung werden in Sachsen-Anhalt von den Hochschulen erbracht, im Bundesdurchschnitt sind es nur 18 Prozent. Für ein tragfähiges Wachstum müssen Forschung und Entwicklung neben Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wieder stärker dort stattfinden, wo die Produkte hergestellt werden, in den Unternehmen. Genau deshalb will ich in diesem Bereich einen Schwerpunkt setzen.

Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt hat das Potenzial, im nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen. Aber noch immer ist die Industriedichte in unserem Land zu gering. Notwendig sind deshalb zusätzliche Investitionen, die Gründung

neuer Unternehmen und die Erweiterung der bestehenden Betriebe. Schon jetzt können die Unternehmen dabei auf eine herausragende Fördermittellandschaft und auf die Unterstützung des Landes bauen. Es ist notwendig, die Konzentration der Wirtschaftsförderung weiter voranzutreiben und dabei einen Schwerpunkt auf die Förderung von Innovationen zu legen. Besonders wichtig ist mir eine garantierte zeitliche Frist, in der über Anträge entschieden werden muss. Unternehmen haben einen Anspruch darauf, innerhalb eines konkreten Zeitraumes eine Entscheidung zu erhalten.

Technologietransfer – und damit der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu neuem technologischen Wissen – gehört stärker in den Fokus der Förderung. Cluster und Branchennetzwerke können dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit von Hochschulen, Unternehmen, Handwerk, Kammern und Verbänden, damit aus guten Ideen innovative und vermarktungsfähige Produkte werden. Um mehr Firmengründungen und eine neue Gründungsdynamik zu erreichen, werden wir die Förderinstrumente und die Finanzierung weiterentwickeln.

Ohne den weiteren Ausbau eines leistungsfähigen und schnellen Internets in allen Regionen des Landes droht die digitale Spaltung. Wir haben den Ausbau der Breitbandversorgung schon weit vorangetrieben und erreicht, dass eine Grundversorgung mit 2 Megabit pro Sekunde (MBit/s) flächendeckend vorliegt. Ich will den Ausbau weiter vorantreiben und nach und nach die Unternehmen, öffentlichen Institutionen, Schulen und Privathaushalte mit einem flächendeckenden und hochleistungsfähigen Netz versorgen.

Die positive Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes lässt den Schluss zu, dass uns nicht die Arbeit ausgeht, sondern die Fachkräfte. Der Fachkräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklung droht zu einem Bremsschuh für die Wirtschaft

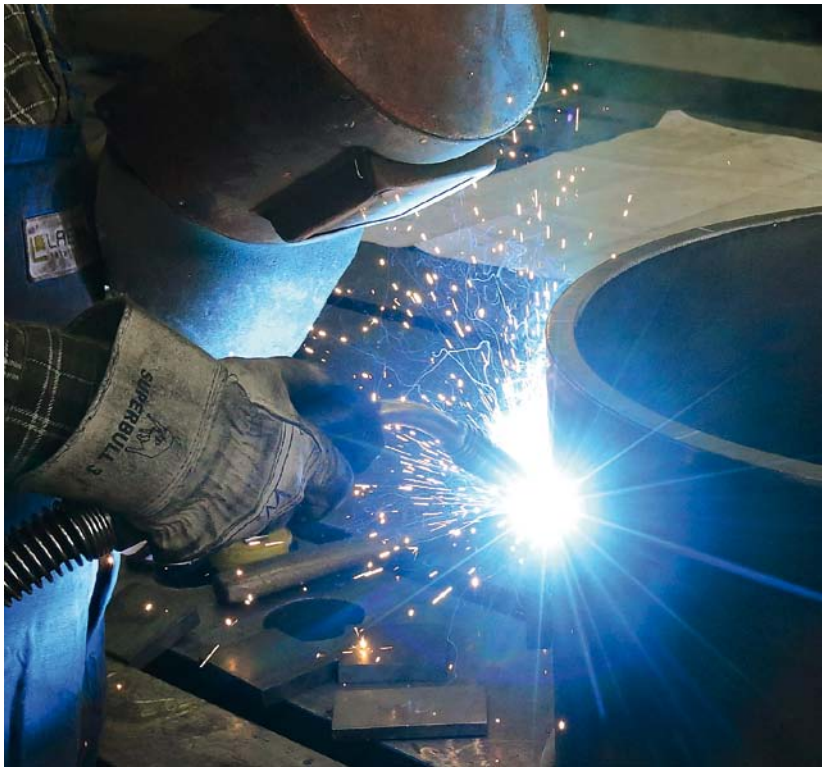
zu werden. Das Schicksal von Industrie, industriellem Mittelstand und Handwerk hängt von gut ausgebildeten, qualifizierten und motivierten Fachkräften ab. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Schon jetzt macht sich in vielen Branchen der demografische Wandel bemerkbar: Es fehlen gut ausgebildete Fachkräfte und die Belegschaften altern. Es ist daher im Interesse der Unternehmen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst lange in ihrem Job bleiben können und dass das Unternehmen zugleich attraktiv für Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger ist. Dabei können auch Demografie-Tarifverträge helfen, wie es sie schon in einigen Branchen und Unternehmen gibt. Ich unterstütze diesen Ansatz und sehe hier eine gute Möglichkeit, einen Rahmen für altersgerechtes Arbeiten, attraktive Altersteilzeitmodelle, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit zu gestalten.

Wichtig ist mir die Stärkung der dualen Ausbildung. Wir erleben heute, dass viele junge Menschen eine duale Ausbildung nur als zweite Wahl begreifen. Ich halte es hingegen für dringend geboten, den Wert einer Facharbeiterausbildung wieder stärker in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Wir brauchen zur Fachkräftesicherung nicht nur Erwerbstätige mit einem akademischen Abschluss, sondern auch engagierte junge Menschen mit einer abgeschlossenen betrieblichen Berufsausbildung. Wir müssen daher erreichen, dass die duale Ausbildung und die damit verbundenen Chancen in Industrie, Mittelstand und Handwerk wieder als höchst attraktive Option wahrgenommen werden. Mir geht es um die Gleichwertigkeit der Ausbildungen und darum, Übergänge zwischen den Ausbildungen zu erleichtern. Auch das ist ein Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Für die Zukunft müssen wir aber auch über die Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt nachdenken. Wir werden unseren Bedarf ohne die Zuwanderung von gut qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland nicht decken können. Hierfür ist es auch notwendig, die Anerkennung ausländischer

Berufsabschlüsse deutlich zu vereinfachen. Es darf nicht sein, dass vollwertige ausländische Ausbildungen nicht anerkannt werden und die Zusatzausbildung an zu hohen finanziellen und bürokratischen Hürden scheitert.

Auch die Bedeutung der Bildung wächst weiter und ist mitentscheidend für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Wir brauchen deshalb eine Stärkung der beruflichen Weiterbildung und eine Öffnung der Hochschulen auch für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, wie z.B. Meisterinnen und Meister. Wir müssen dafür sorgen, dass allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen qualifizierte Schul- und Berufsabschlüsse ermöglicht werden. Die Schulabbrecherquote, aber auch die Quote der Studienabbrecherinnen und -abbrecher sind noch immer zu hoch. Ich halte es für notwendig, mit zusätzlichen Beratungsangeboten die Berufsorientierung zu stärken und den Berufseinstieg zu begleiten. Dabei darf die Berufsberatung nicht in der 10. Klasse enden. Sie muss bis zum Abitur Pflicht sein. Darüber hinaus muss über alle Gruppen hinweg die Erwerbsbeteiligung erhöht werden. Aufgrund der hervorragenden Kinderbetreuung in unserem Land haben schon jetzt viele Familien die Möglichkeit, Beruf, Kindererziehung und Familie unter einen Hut zu bringen.

Ein wichtiger Wirtschaftszweig in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt ist die Landwirtschaft. Gute Böden, tragfähige Unternehmensstrukturen und die Etablierung von Wertschöpfungsketten sind dabei unser größtes Kapital. Durch den Anbau von landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf den besten Böden Deutschlands wird die sachsen-anhaltische Ernährungswirtschaft versorgt. Die Agrarwirtschaft trägt aber auch zur Erzeugung von Energiepflanzen und zum Erhalt der Kulturlandschaft bei. Die Unternehmen in der Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Arbeitgeber, die gerade im ländlichen Raum für Beschäftigungsmöglichkeiten sorgen. Ich halte neben einer weiteren Vermarktung der hochwertigen Produkte aus Sachsen-Anhalt besonders die Stärkung regionaler Vermarktungsstrukturen für wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu sichern.



Dabei rücken Fragen der Tierhaltung und des Tierwohls immer stärker ins Blickfeld. Immer mehr Menschen wollen sich gesund ernähren und treffen bewusste Kaufentscheidungen. Für mich gehört beides zusammen: Ohne eine vernünftige Tierhaltung kann es kein Tierwohl geben. Das in wettbewerbsfähigen Unternehmen zu verbinden und Vorreiter zu sein, ist eine große Chance für unser Land. Noch hat Sachsen-Anhalt Ausbaupotential in der Viehwirtschaft. Die gilt es zu nutzen.

4. Sozialen Kitt erneuern

„Alle mitnehmen, keinen zurücklassen“ – das ist mein Anspruch für eine gerechte Gesellschaft. Mir geht es um die soziale Balance in unserem Land, um die Herstellung von Chancengleichheit und um gerechte Aufstiegschancen für alle. Das ist für mich eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ich stehe zur Aufgabe des Staates zur nachsorgenden Sozialpolitik. Sie ist einer der Grundpfeiler unserer sozialen Sicherungssysteme. Genauso wichtig ist mir aber eine vorsorgende Gesellschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Das gilt für Familien, Kinder, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Arbeitslose sowie Migrantinnen und Migranten gleichermaßen.

Familien sind Grundpfeiler und Zukunft der Gesellschaft. Sie gilt es zu fördern und zu unterstützen. Familie ist für mich überall da, wo Menschen gemeinsam zusammen leben und in enger Beziehung Verantwortung füreinander übernehmen. Alle Menschen, die sich für Familie und Kinder entschieden haben, verdienen hohen Respekt. Dass Menschen den Generationenvertrag und die damit verbundenen Werte für sich und in ihrer Familie leben, scheint zwar selbstverständlich, ist aber dennoch oft mit hohen Hürden verbunden. Seit der letzten Bundestagswahl wurde für Familien viel getan. Beruf und Pflege lässt sich zum Beispiel besser als jemals zuvor mit der beruflichen Entwicklung von Familienangehörigen vereinbaren.

Mit dem Pflegezeitgesetz haben wir im vergangenen Jahr den Familienmitgliedern von rund 2,6 Millionen Pflegebedürftigen mehr Zeit für ihre Angehörigen eingeräumt. Mit dem ElterngeldPlus können die Eltern von jährlich etwa 700.000 neu geborenen Kindern mehr Zeit für ihre Familie in Anspruch nehmen.

Noch immer gibt es zu viele Familien, in denen Kinder in schwierigen sozialen Verhältnissen aufwachsen. Wir sorgen mit unserer Kinderbetreuung dafür, dass alle Mädchen und Jungen unabhängig davon, ob ihre Eltern Arbeit haben oder nicht, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Kindertagesstätte und damit auch eine Chance auf frühkindliche Bildung haben. Dabei müssen Krippe und Kita für alle bezahlbar bleiben. Das reicht aber noch nicht aus, um bestmögliche Startbedingungen für alle Kinder zu erreichen. Es ist daher Aufgabe aller Verantwortlichen, vor Ort zusammen mit den Kommunen und ehrenamtlichen Helfern präventive Strukturen und Netzwerke zur Stärkung der Eltern- und Erziehungskompetenzen, zur Begleitung der Bildungsbiografie und zur Förderung sozial besonders benachteiligter Kinder zu schaffen. Ich stehe dafür, besser früh zu fördern, als spät und teuer nachzusorgen.

Inklusion in den Schulen ist nicht nur juristische Pflicht, sie ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Ich weiß, dass Inklusion eine große Herausforderung für unsere Schulen, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Schülerinnen und Schüler darstellt. Um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen wir die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Vielfalt soll als Bereicherung erlebt werden, auch wenn wir die Augen vor den Ängsten und Sorgen aller Beteiligten nicht verschließen dürfen. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit wollen wir für alle Kinder und Jugendlichen in der Bildung erreichen. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher leisten heutzutage viel – viel mehr, als ihnen in der öffentlichen Diskussion über Bildungserfolg und -misserfolg häufig zuerkannt wird. Dabei haben Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher heute keinen leichten Job. Dafür verdienen sie unsere Anerkennung und Unterstützung.

Die Wahrung der Chancengleichheit gilt auch für den Zugang zur Hochschulausbildung. Anders als vom aktuellen Wissenschaftsminister sowie von einigen Ökonomen gefordert, wird es mit mir keine Studiengebühren

geben. Die Entscheidung für oder gegen ein Studium darf keine Entscheidung sein, die vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Im Oktober 2014 ist die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt erstmalig unter die 10-Prozent-Marke gesunken. Das ist ein Erfolg der guten Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre, verbunden mit einer guten konjunkturellen Entwicklung. Sorge bereitet mir aber die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Aktuell sind fast 30.000 Menschen in Sachsen-Anhalt länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Auch für diese Menschen muss es eine Perspektive für die Integration in den Arbeitsmarkt geben. Auch sie sollen in Würde am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das Auslaufen des erfolgreichen Programms Bürgerarbeit hat große Lücken hinterlassen. Wir brauchen stattdessen einen sozialen Arbeitsmarkt. Dafür will ich europäische Fördermittel nutzen. Damit sollen neue, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose, die sonst keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, geschaffen werden.

Ein besonderes Augenmerk gilt den älteren Menschen. Das Zusammenleben der Generationen hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. War es früher normal, dass sich die Familie umeinander kümmert – sowohl um das Kleinkind als auch um die Großeltern – leben heute die Generationen oft arbeitsbedingt getrennt voneinander. Auch hier gilt, dass wir keinen zurücklassen dürfen. Wir haben als Gesellschaft und als Politik eine Verantwortung vor allem denjenigen gegenüber, die in ihrem Leben viel geleistet haben, sich jetzt aber nicht oder nur noch eingeschränkt selber helfen können. Ich begrüße daher den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern. Etliche gute Beispiele gibt es bereits, viele davon in Sachsen-Anhalt. Sie leisten einen wichtigen Beitrag dazu, den Kontakt zwischen den Generationen zu halten und der drohenden Vereinsamung im Alter vorzubeugen.

Als Land haben wir aber darüber hinaus eine Verantwortung für die Weiterentwicklung und Verbesserung der verschiedenen Pflegeangebote. Nicht nur Heime sind hier die Lösung. Altersgerechte, unterschiedliche Wohnformen sollen ein Altern in Würde ermöglichen. Noch werden etwa zwei Drittel der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt – und das ist gut so. Damit das so bleiben kann, müssen Bedingungen geschaffen werden, die es erlauben, der Familienarbeit, dem Beruf und der Pflege von Angehörigen gleichermaßen gerecht zu werden.

Mit großer Sorge beobachte ich die aktuelle Diskussion um die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten. Hier werden von extremen Kräften Ängste geschürt, die zu einer verstärkten Fremdenfeindlichkeit und zu Ressentiments führen. Dabei leben in Sachsen-Anhalt lediglich rund zwei Prozent Ausländerinnen und Ausländer. Dass wir ein Einwanderungsland sind, ist durch die gelebte Praxis entschieden. Die Frage ist jedoch, wie unser Land mit seinen Einwandererinnen und Einwanderern umgeht. Wir brauchen eine neue Ausrichtung in der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Wir müssen viel stärker an einer Willkommenskultur arbeiten. Dabei müssen wir uns immer bewusst machen, dass kein Flüchtling ohne Grund und freiwillig seine Heimat, seine Familie und seine Freunde verlässt.

5. Exzellente Forschung und Lehre

Sachsen-Anhalt verfügt über eine leistungsfähige Wissenschaftslandschaft mit profilierten Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das hat der Wissenschaftsrat in seiner Begutachtung unserer Hochschulen im Sommer 2013 ausdrücklich festgestellt. Dass Sachsen-Anhalt zugleich ein attraktiver Studienort ist, beweist die ungebrochen hohe Studierendenzahl im Lande. Seit Jahren sind – entgegen der demografischen Entwicklung im Osten Deutschlands – mehr als 52.000 Studierende an unseren Hochschulen eingeschrieben.

Die Hochschulen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und in der Lage sind, sich auf veränderte Rahmenbedingungen einzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen leisten angesichts der geplanten Studienplatzzahl von 33.000 seit Jahren eine großartige Arbeit. Dabei setzen die Hochschulen die Profilierung ihrer Angebote fort und sind kompetenter Kooperationspartner für Wirtschaft, Verwaltung und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

Nach hitzigen Diskussionen über die künftige Finanzierung und Strukturen seit Anfang 2013 müssen die Hochschulen des Landes daher in den nächsten Jahren Gelegenheit bekommen, mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und unter Beteiligung ihrer akademischen Gremien die eigene Entwicklung voranzutreiben. Ich bin verlässliche Gesprächspartnerin für diesen Prozess und werde dafür Sorge tragen, dass die Hochschulen die von ihnen beschlossenen Entwicklungsschritte während der Laufzeit der Zielvereinbarungen bis Ende 2019 umsetzen können. Deshalb ist es notwendig, dass die mit den Hochschulen im Januar 2015 vereinbarten Budgets verlässlich zur Verfügung stehen.

Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind in den letzten Jahren zahlreiche neue Aufgaben zugewachsen. Heute erwarten wir von unseren Hochschulen, dass sie sich aktiv in die Weiterbildung einbringen, junge Menschen aus der ganzen Welt für ein Studium in Sachsen-Anhalt begeistern, Wirtschaft und Verwaltung unseres Landes als Kooperationspartner zur Verfügung stehen sowie als regionale Entwicklungsmotoren einen großen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes leisten. Zu Recht erwarten auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Engagement der Wissenschaft, das über erstklassige Forschung und überzeugende Lehre hinausgeht.

Bis 2019 sind die Budgets der beiden Universitäten, der Kunsthochschule sowie der vier Fachhochschulen vertraglich vereinbart. In den kommenden Jahren werden wir deshalb die inhaltliche Profilierung gemeinsam voranbringen, damit wir wissen, welche Grundfinanzierung dafür zukünftig notwendig sein wird. Für einen gesunden Mittelbau sind dabei sichere unbefristete Stellen genauso wichtig wie die vollständige Erstattung von Tarifsteigerungen an unsere Hochschulen, damit diese nicht zu Lasten der Profilierung und der Qualität gehen. Auch prekäre Anstellungen dürfen zukünftig keinen Platz an den Hochschulen unseres Landes haben.

Die bereits mit dem Bund getroffenen Verabredungen zur künftigen (Ko-) Finanzierung der Wissenschaft verschafft dem Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt schon jetzt eine jährliche Entlastung von rund 30 Millionen Euro alleine aus der Übernahme der BAföG-Finanzierung. Die Aufgabe des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern wird weitere Ressourcen auch in unserem Land freisetzen. Mit mir stehen diese Mittel uneingeschränkt für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung, sie werden dazu beitragen, auch die Hochschulen in

Zukunft noch besser aufgabenadäquat zu finanzieren.

Der gebührenfreie Zugang zum Studium gehört zu meinen Grundüberzeugungen. Nur so lässt sich verhindern, dass soziale Herkunft über den Zugang zur akademischen Ausbildung entscheidet. Daher wird es mit mir keine Studiengebühren für das Erststudium bis zum konsekutiven Master-Abschluss geben. Zugleich begrüße ich es, wenn die Hochschulen – auch in Kooperation mit der Wirtschaft – berufsbegleitende Angebote auflegen, die besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Neben guten Studienbedingungen und exzellenter Lehre müssen unsere Universitäten und Fachhochschulen in die Lage versetzt werden, ihrem Forschungsauftrag gerecht zu werden. Die Hochschulen stehen hier in einem überregionalen, mitunter internationalen Wettbewerb, den sie nur dann bestehen können, wenn das Land als Eigentümerin die erforderliche Ko-Finanzierung von Projekten möglich macht. Dafür ist es notwendig, sowohl in größeren Forschungsverbünden mitzuwirken, als auch weitere Schwerpunktförderung möglich zu machen. Zudem ist es sinnvoll, eine neue Landesexzellenzinitiative zu starten.

Sachsen-Anhalt braucht eine überregional sichtbare, zugleich aber im Land fest verankerte Hochschulmedizin. Der Erhalt der Medizinischen Fakultäten an beiden Universitäten ist zugesagt. Auch hier geht kein Weg daran vorbei, die Schwerpunktbildung in der Universitätsmedizin weiter voranzubringen und Lösungen zu finden, wie die dafür notwendigen Investitionen finanziert werden können. Ohne bundesweite Änderungen im System der Krankenhausfinanzierung werden es bundesweit alle Universitätskliniken schwer haben. Deshalb ist es für mich ein Muss, dafür auf Bundesebene zu kämpfen. ■

6. Familie als Ort der Geborgenheit

Familie bedeutet Geborgenheit und Glück. Sie ist der wichtigste Ort für jede und jeden von uns, um Orientierung zu finden, und sie ist die wichtigste Grundlage unserer Gesellschaft. Dabei bedeutet Familie heute nicht mehr nur Ehe und Kinder, es gibt eine Vielfalt von unterschiedlichen Lebensgemeinschaften. Wir wollen eine moderne Familienpolitik, die allen Lebensentwürfen die Möglichkeit zur freien Entfaltung bietet und ihnen Sicherheit und Geborgenheit garantiert.

Kinder stehen im Mittelpunkt meiner Familienpolitik. Ihr Schutz und ihre sichere Zukunft haben für mich höchste Priorität. Es ist daher mehr als nur ein symbolischer Schritt, dass wir die Kinderrechte endlich in der Landesverfassung verankert haben. Das reicht jedoch nicht: Kinderrechte gehören genauso ins Grundgesetz. Die Würde und der Schutz unserer Kleinen ist eine der großen Grundregeln unseres Zusammenlebens. Kinder haben einen Anspruch darauf, dass wir ihre körperliche und seelische Unversehrtheit bewahren, ihre Gesundheit stärken, ihre Bildungschancen verbessern und Kinderarmut bekämpfen.

Für mich ist Familie überall dort, wo Menschen in einer Gemeinschaft leben, egal ob mit Kindern oder ohne. Ich trete für die selbstverständliche Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften ein. Dazu zählt auch der Respekt für den Kinderwunsch aller Familien und das Volladaptionsrecht gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.

Familien brauchen vielfältige Unterstützung. Dazu gehören eine finanzielle Förderung genauso wie eine familienfreundliche Infrastruktur und Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir müssen mehr Zeit für Familien ermöglichen. Das bedeutet zum einen flexible Rahmenbedingungen für die verschiedenen Lebensentwürfe und -phasen. Dazu gehört zum anderen die Möglichkeit von Teilzeitausbildungen oder die Idee einer Familienzeit, bei der die Arbeitszeit in unterschiedlichen Lebensphasen flexibel gestaltet werden kann.

Wer sich für Kinder entscheidet, braucht gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört, dass sich die Eltern die Aufgabe der Kinderbetreuung partnerschaftlich teilen können. Eine große Unterstützung ist dabei das Kinderförderungsgesetz. Alle Kinder haben bis zum Ende des 6. Schuljahrgangs einen Anspruch auf Kinderbetreuung. Sachsen-Anhalt nimmt einen Spitzenplatz bei der Betreuungsquote ein. Dazu wird auch die Qualität der Betreuung weiter verbessert. Ich unterstütze Programme und Maßnahmen, die die Aus- bzw. Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.

Ein immer wichtigeres Thema ist die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen. Das neue Familienpflegezeitgesetz ermöglicht zehn Tage bezahlten Urlaub bei einem akuten Pflegefall und bis zu sechs Monate unbezahlte Freistellung bei vollem Kündigungsschutz.

Über den direkten Familienkreis hinaus betreffen moderne Überlegungen zur familienfreundlichen Infrastruktur die gesamten Lebensräume vor Ort: Nahversorgung, Bildungseinrichtungen, Kultur, Sport, Vereine. Familienfreundlichkeit ist eine Herausforderung für die Kommunen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort will ich Ideen sammeln, wie Strukturen zu verbessern sind, um Familien mehr Zeit zu ermöglichen. Denn Zeit ist das kostbarste Gut im Familienleben. ■

7. Land der klugen Köpfe

Bildung ist der Schlüssel zur Welt. Das betrifft uns – von den einfachen Dingen des täglichen Lebens angefangen bis hin zur Arbeitswelt. Ein ordentlicher Arbeitsplatz, ein erfülltes Berufsleben und ein gutes Einkommen hängen ganz wesentlich vom Bildungsstand ab. Das war schon früher so, gilt aber heute im globalen Wettstreit wissensbasierter Gesellschaften noch viel mehr. Deshalb sind gute und durchdachte Investitionen in Bildung das Beste, was eine Gesellschaft an Gegenwartsgestaltung und Zukunftssicherung machen kann. Von einem Land der klugen Köpfe profitieren alle.

Mir sind beim Thema zwei Dinge wichtig: Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit. Die Herkunft allein darf nicht über die Zukunft entscheiden. Es darf nicht schon im Kreißsaal feststehen, wer was wird. Alle sollen ihre Möglichkeiten nutzen können. Alle sollen ihre Begabungen einbringen und entwickeln dürfen. Nicht der Geldbeutel der Eltern darf das entscheidende Kriterium sein, sondern der Wille und die Bereitschaft zum Lernen. Dabei soll niemand allein gelassen oder ausgeschlossen werden. Das heißt: gerechte Chancen für jedes Kind.

Daher haben wir für jedes Kind den Anspruch auf einen ganztägigen Besuch der Kindertagesstätte durchgesetzt. Damit haben alle die Möglichkeit, an den Bildungsangeboten in der Kita teilzunehmen.

Gut ist, dass mit der Gemeinschaftsschule wieder mehr Kinder und Jugendliche länger gemeinsam lernen können. Für einige Kinder ist nach der 4. Klasse das Gymnasium eine gute Wahl. Bei anderen Kindern wird man erst viel später sagen können, welchen Schulabschluss sie erreichen können. In der Gemeinschaftsschule ist für diese Entscheidung länger Zeit. Die Wege, sich zu entwickeln, bleiben länger offen. Deshalb gehören in jede Region Gemeinschaftsschulen.

Das gleiche gilt für Ganztagsschulen. Sie bieten mehr Zeit fürs Lernen, für die individuelle Förderung von Begabungen und für das Ausprobieren verschiedener Angebote. Mehr Ganztagsschulen heißt für mich mehr Förderung für Kinder und Jugendliche. Die Schule ist eben nicht nur ein Lern-, sondern auch ein Lebensort mit Zeit für Freunde, Entwicklungen, Vertiefung und Spaß. Gerade im ländlichen Raum lohnt es sich daher, langfristig das Modell des „Campus Schule“ zu entwickeln. Dort sollen sich verschiedene Angebote – auch von Vereinen – konzentrieren und die Schule so zum zentralen Lebensort machen. Entscheidend ist es, diese Standorte demografiefest und nachhaltig zu entwickeln.

Ein Wort zur Inklusion. Wenn wir eine gerechte Gesellschaft sein wollen, dann heißt das auch: alle dürfen mitmachen – niemand muss draußen bleiben. Kein Kind darf von vornherein ausgeschlossen werden, nur weil es einen höheren Förderbedarf hat. Bei allen Herausforderungen im schulischen Alltag danken es uns die vielen Kinder, die gemeinsam in der Regelschule lernen. Das ist am Ende für alle ein Gewinn.

Meine Vorstellung von Schule ist, dass dort alle Kinder und Jugendlichen mit ihren Stärken und Schwächen angenommen sind und angemessen gefördert werden. Das braucht Zeit, Kraft und gutes Personal.

Sachsen-Anhalt gibt im Vergleich der Bundesländer relativ viel Geld pro Schülerin und Schüler aus. Das ist gut so, denn Bildungsausgaben sind auch Investitionen in die Entwicklung unseres Landes. In den nächsten fünf Jahren geht etwa ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand. Wir werden deshalb deutlich mehr junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen können als bisher. Dieser Wandel verjüngt nicht nur die Lehrerschaft, sondern stellt uns auch vor die Aufgabe, eine sichere und verlässli-

che Unterrichtsversorgung an allen unseren Schulen zu gewährleisten.

In den letzten Jahren sind wir in vielen Bildungsbereichen deutlich besser geworden. Die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss geht Stück für Stück zurück. Die Zahl der Sitzenbleiber hat sich an vielen Schulen halbiert. Wir haben mehr Ganztagsschulen, und bei den letzten bundesweiten Ländervergleichen in Mathematik, Biologie, Physik, Chemie und Geographie gehören wir zur Spitzengruppe. Daran müssen wir weiterarbeiten. Es gilt, unser Bildungssystem an der einen oder anderen Stelle behutsam weiter zu verbessern. Das gilt zum Beispiel für die Übergänge vom Kindergarten in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule und von dort zu Berufsausbildung und Studium. Das gilt auch für die Stärkung der Medienkompetenz und die Weiterentwicklung der Berufsberatung. Am Ende der Schulzeit müssen Studierfähigkeit und Ausbildungsfähigkeit stimmen.

Neben guten Lehrerinnen und Lehrern gehören zu einer erfolgreichen Schule Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir brauchen auch künftig ihre Professionalität. Die mehr als 15.000 Menschen, die an unseren Schulen arbeiten, tun das in vielen Fällen sehr engagiert und oft unter hohen Belastungen. Wir haben ihnen das Kostbarste anvertraut was wir haben – unsere Kinder. Wenn wir es schaffen, diesem wichtigen Berufsstand zu mehr Anerkennung zu verhelfen, wird das nicht nur der Schule gut tun, sondern auch mithelfen, dass sich viele geeignete junge Menschen für diesen wunderbaren Beruf begeistern lassen.

Ich stehe dafür ein, dass wir in Sachsen-Anhalt auch weiterhin viel in Bildung investieren. Dabei muss auch der Bund mithelfen. Wir wissen alle miteinander, dass Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Die Umsetzung darf nicht an verfassungsrechtlichen Formalien scheitern. ■

8. Reich an Kultur, reich durch Kultur

Sachsen-Anhalt ist reich an Kultur und reich durch Kultur. Wir sind eines der Länder mit den meisten Welterbe-Stätten. Wir haben mit der Himmelscheibe von Nebra (Foto rechts) eines der ältesten Zeugnisse einer komplexen Zivilisation in Mitteleuropa. Mit Otto dem Großen verbinden sich der Beginn des mittelalterlichen Heiligen Römischen Reiches und die Anfänge der modernen europäischen Staatenbildung. Das Magdeburger Recht wurde Grundlage vieler Kommunalverfassungen in über 1000 Städten Ost- und Südosteuropas. Der Thesenanschlag Luthers löste ein gesellschaftliches Beben in ganz Europa aus. Händel, Cranach, Telemann oder Weill waren und sind wichtiger Teil der europäischen Kulturgeschichte. Das Bauhaus und seine Nachfolger prägen bis heute weltweit die Architektur und das Verständnis einer modernen Stadtentwicklung. All dies prägte das Leben vieler Menschen und wirkt für Sachsen-Anhalt bis auf den heutigen Tag. Darauf sind wir stolz.

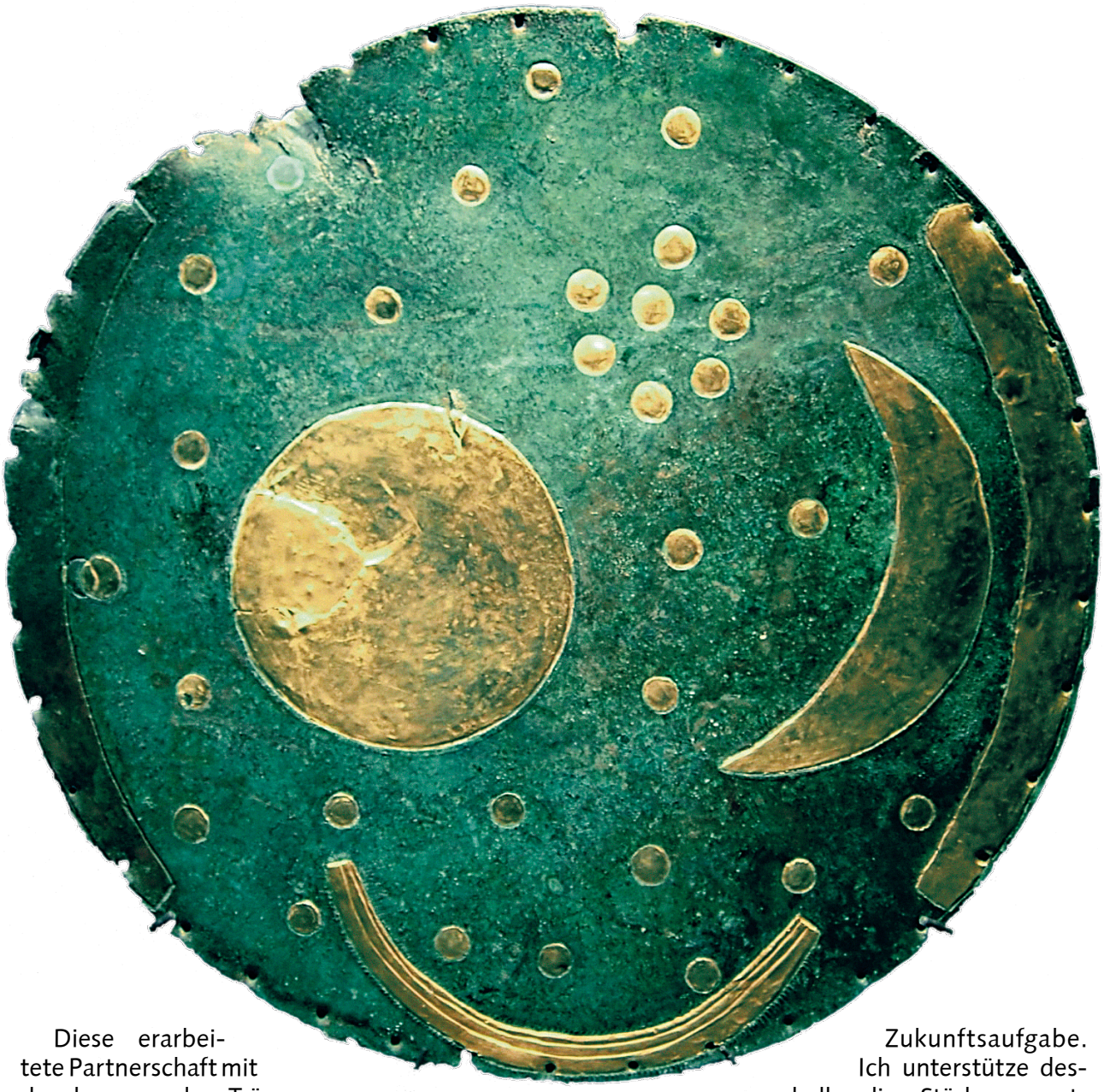
Kultur bringt Lebensqualität und Kreativität. Sie ist eine elementare Basis unserer demokratischen Zivilgesellschaft. Ohne sie sind auch die politischen Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft nicht zu lösen. Kultur ist Ort des Dialoges und Mittel der Kritik. Sie ermöglicht die Verwirklichung und Weiterentwicklung von lokaler Demokratie und Teilhabe. Dabei ist Kultur genauso öffentliche Aufgabe wie privates Engagement. Für mich ist es wichtig, das eine zu erhalten und auch das andere zu unterstützen. Dabei hat Kunst die Aufgabe, Grenzen zu überwinden. Sie soll durch kreativen Austausch Netzwerke schaffen und andere Perspektiven bieten.

Für mich ist Kulturpolitik Teil einer vorausschauenden Landespolitik, denn die kulturelle Infrastruktur ist prägend für die Regionen. Das geht über eine nur durch die Kommunen oder das Land bereitgestellte kulturelle Infrastruktur und Finanzierung hinaus. Kultur erhält ihre ganze Qualität erst durch ein vielfaches Engagement der Bürgerschaft im Ehrenamt, in Vereinen, in Kirchen und freien Gruppen sowie durch Unternehmen der Kulturwirtschaft und engagierte Fördererinnen und Förderer. Eine aktivierende Kulturpolitik setzt für mich daher sowohl auf Kulturkonzepte als auch auf eigenverantwortliches Handeln der einzelnen Akteure, auf eine gemeinsame Verantwortung von Politik, Verwaltungen, Kultureinrichtungen und privatem Engagement.

Der Zugang zu kulturellen Angeboten sollte keine Angelegenheit des Geldbeutels sein. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen Zugang zu kulturellen Angeboten haben. Ich unterstütze die Entwicklung der Kultureinrichtungen zu außerschulischen Lernorten und die Bemühungen von Trägern für einen kostengünstigen Eintritt von Kindern und Jugendlichen in ihre Einrichtungen.

Die kulturelle Vielfalt war schon immer ein Qualitätsmoment prosperierender Regionen. Künftig werden wir uns einer zunehmenden Vielfalt kultureller und sozialer Milieus gegenüber sehen, mit deren Interessen und Rezeptionswünschen wir uns auseinandersetzen. Wir stehen vor der Aufgabe, das Zusammenleben unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und ethnisch-kulturellen Milieus aktiv zu gestalten. Kunst und Kultur verbinden Menschen und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur gesellschaftlichen Innovation. Eine offene Gesellschaft und die gelebte kulturelle Vielfalt bedingen einander. Die interkulturelle Kultur- und Bildungsarbeit zur Entwicklung von Toleranz und gegenseitigem Respekt verdient daher eine nachhaltige Unterstützung.

Nach teils intensiven Diskussionen wurden mit den Trägern der Theater und Orchester unseres Bundeslandes Zuwendungsverträge mit einer mittelfristigen Planungs- und Finanzierungssicherheit abgeschlossen.



Diese erarbeitete Partnerschaft mit den kommunalen Trägern gilt es, gemeinsam zu verstetigen und über die derzeitigen Vertragslaufzeiten hinaus weiter zu entwickeln.

Gleiches gilt für die Förderung des musikalischen Nachwuchses, für die Gestaltung einer vielfältigen und attraktiven Museumslandschaft sowie für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Landesliteraturförderung mit der Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen auch für die öffentlichen Bibliotheken. Die Sicherung, Digitalisierung und Verbreitung des kulturellen Erbes von Museen, Bibliotheken und Archiven im Internet bleibt eine wichtige kulturelle Zukunftsaufgabe. Ich unterstütze deshalb die Stärkung entsprechender Netzwerke, um die Teilhabe Sachsen-Anhalts an nationalen und internationalen Internet-Portalen verstärkt zu gewährleisten.

Ich verstehe Kulturförderung nicht als Subvention, sondern als eine unverzichtbare Investition in die Zukunft. Kulturförderung ist deshalb mehr als die Summe öffentlicher Aufgaben und Ausgaben. Gelebte Kultur ist für mich elementare Basis unserer demokratischen Gesellschaft, ohne deren Beitrag die politischen Zukunftsaufgaben nicht angemessen zu lösen sind. ■

9. Gleichstellung verwirklichen

Sachsen-Anhalt soll ein Land der gleichen Lebens- und Aufstiegschancen sein, ein Land in dem jede und jeder sein Leben selbstbestimmt leben kann, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder sexueller Identität. Das ist ein Anspruch, den wir nicht nur für uns selbst haben, sondern uns auch für unsere Kinder wünschen. Während aber das selbstbestimmte Leben im Alter als eine wesentliche Herausforderung des demografischen Wandels gesellschaftlich akzeptiert ist und während der Abbau von Bildungsschranken ganz selbstverständlich auf der politischen Agenda steht, weil damit gerechtere Lebenschancen unabhängig von der sozialen Herkunft geschaffen werden, hat das Thema Gleichstellung einen schwereren Stand.

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist für viele fast 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland längst umgesetzt. Und die gesellschaftliche Situation der Frauen hat sich in den letzten 100 Jahren auch tatsächlich verbessert. Frauen haben das Wahlrecht, das Recht zur freien Berufswahl – sie werden Bundeskanzlerin, Pilotin, Ingenieurin, Ärztin, Fraktionsvorsitzende, Verteidigungsministerin oder Professorin. Diese Berufe wären früher für Frauen undenkbar gewesen.

Trotz dieser Fortschritte und der gefühlten Gleichberechtigung sprechen die Fakten aber eine andere Sprache. So sind die Aufstiegschancen in diesem Land nach wie vor zu stark vom Geschlecht abhängig. Frauen tragen nach wie vor größere Risiken im Erwerbsleben als Männer. Frauen sind diejenigen, die am meisten und vor allem häufig unfreiwillig in Teilzeit und in prekärer Beschäftigung arbeiten, weshalb auch die Altersarmut vor allem ein weibliches Gesicht hat. Frauen haben zwar gleich gute oder oft auch bessere Berufs- und Bildungsabschlüsse als Männer, in der Arbeitswelt werden sie trotzdem oft abgehängt. Sie werden auf gleichen Positionen im Schnitt schlechter bezahlt, auch im Jahr 2015 klafft eine Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von rund 22 Prozent. Und sie werden seltener Chefin. Oft gibt es mit der Geburt des ersten Kindes den Karriereknick – und wieder sind es die Frauen, die größtenteils für die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit zuständig sind. Zusammengefasst zahlt sich Leistung für Frauen weniger aus. Das ist eine strukturelle Diskriminierung, die ich abschaffen will.

Wenn wir heute über Gleichstellung und Selbstbestimmung reden, reden wir nicht mehr von einem einzelnen singulären Ziel, sondern über Frauen in vielen verschiedenen Lebenssituationen. Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit heißt, Frauen in Führungspositionen zu bringen – und es heißt, ihnen auf sämtlichen anderen Ebenen des Berufslebens Familie und Beruf unter einen Hut bringen zu helfen. Das heißt auch, sich für flexiblere Arbeitszeitmodelle und Heim- und Telearbeit einzusetzen. Dazu gehört, Männern einen gleichberechtigten Anteil bei Erziehungs- und Pflegezeiten abzufordern und ihnen dies zu ermöglichen. Das heißt gleiche Chancen im Berufsleben auch über die Einführung von Quoten wie eine gute Kinderbetreuung und ein Programm für Alleinerziehende – auch hier sind es vor allem Mütter. Und das heißt Rückkehrrecht nach Teilzeitarbeit in eine Vollzeitstelle – für Frauen und Männer –, wenn die Zeit einer intensiveren Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen vorüber ist.

Um die Gleichstellung von Frauen in so wichtigen Lebensgebieten wie der Arbeitswelt rechtlich zu verankern, bedarf es gesetzgeberischer Schritte. Dazu gehören zwingend ein Entgeltgleichheitsgesetz und die Haltung, dass die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an allen Entscheidungsprozessen in Politik und Wirtschaft nur ein Anfang sein

kann. Gleiche Bezahlung und die Förderung in Führungspositionen sind übrigens nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Berufsleben bedeutet eine strukturelle Demotivation wichtiger Leistungsträgerinnen. Das kann sich eine moderne Volkswirtschaft auf Dauer nicht leisten.

Ebenso wenig kann und sollte sie auf den Unternehmerinnengeist von Frauen verzichten. In Sachsen-Anhalt gründen im Bundesvergleich noch zu wenige Frauen eine eigene Existenz. Da haben wir im Land erheblichen Nachholbedarf. Da ist Potential nach oben. Das müssen wir durch die zielgenauere Förderung von Existenzgründerinnen und weiblichen Selbstständigen heben und für die Schaffung von Arbeitsplätzen nutzen.

Auch in der Politik haben wir einiges nachzuholen. In der Geschichte der Bundesrepublik seit 1949 gab es erst eine Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, erst eine Bundeskanzlerin, erst eine Präsidentin des Bundesrates und erst zwei Präsidentinnen des Deutschen Bundestages. Eine Bundespräsidentin hatten wir noch nie. Das ist deutlich zu wenig! Denn das sind über die 66 Jahre seit der Gründung der Bundesrepublik 5 Amtsträgerinnen aus 106. Das sind gerade einmal 4,7 Prozent Frauen in den führenden Positionen des Staates. Wäre das eine Bundestagswahl, wären wir Frauen nicht einmal im Parlament vertreten. Noch schlimmer steht es um die Beteiligung von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern. Von der Stadträtin bis zur Oberbürgermeisterin müssen wir die Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt häufig noch mit der Lupe suchen. Deutlicher kann man nicht sehen, wie viel noch zu tun ist!

Ähnlich sieht die Lage übrigens bei den Ministerpräsidentinnen aus. Bisher gab es bundesweit derer fünf. In Sachsen-Anhalt gab es noch keine. Es ist also Zeit für eine Frau.

Beim Thema Gleichstellung bleibt auch für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle noch Einiges zu tun. Nach wie vor fehlt eine vollständige rechtliche Gleichstellung. Für mich ist klar, dass alle Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität abgeschafft gehören. Das heißt für mich: die Ergänzung des Grundgesetzes und der Landesverfassung um das Merkmal der sexuellen Identität, die Öffnung der Ehe und ein gemeinsames Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Auch im Alltag ist noch nicht alles Gold, was glänzt. Daher werden wir auf Landesebene einen Aktionsplan gegen Homophobie umsetzen. ■

10. Sicherheit garantieren

Sicherheit ist für mich in allererster Linie die Sicherheit, in Freiheit zu leben und darauf vertrauen zu können, dass Staat und Gesellschaft in Notfällen bestmöglichen Schutz vor Unsicherheiten bieten. Neben den großen Errungenschaften der sozialen Sicherungssysteme bietet vor allem Gewissheit, dass ich mich im Fall des Falles auf ein gut funktionierendes System von Polizei, Justiz, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz verlassen kann.

Sachsen-Anhalt ist ein sicheres Land und muss es bleiben. All die Menschen, die Tag für Tag für unsere Sicherheit sorgen und bereit sind, im Ernstfall Leib und Leben zu riskieren, verdienen unsere uneingeschränkte Anerkennung. Wir vertrauen auf sie. Und sie müssen uns vertrauen können, dass wir ihnen alle notwendigen Mittel an die Hand geben, damit sie ihre Aufgaben effektiv und möglichst risikoarm erfüllen können.

Ich bin mir bewusst, dass man Sicherheit nicht durch bloße Symbolik erreicht. Wichtig ist:

- Dort, wo Kriminalität geschieht, muss Polizei zur Stelle sein.
- Dort, wo es brennt oder wo Menschen aus Notlagen befreit werden müssen, muss Feuerwehr zur Stelle sein.
- Dort, wo dringend medizinische Hilfe benötigt wird, muss der Rettungswagen zügig vor der Tür stehen.
- Egal ob in den großen Städten oder in kleinen Dörfern unseres Landes: Wer Hilfe braucht, muss sich darauf verlassen können, dass ihm geholfen wird.

„Menschen für Menschen" ist das Motto der über 62.000 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Land. Über 37.000 von ihnen befinden sich im aktiven Einsatz und sind Garantinnen und Garanten eines flächendeckenden Brandschutzes in Sachsen-Anhalt. Einen Beitrag dazu zu leisten, überall im Land diese Einsatzbereitschaft aufrecht zu erhalten, ist ein Schwerpunkt künftiger Landespolitik. Ich weiß auch aus vielen Gesprächen mit Kameradinnen und Kameraden, dass es keine Patentlösung hierfür gibt. Für mich ist jedoch eines klar: Mit mir wird es keine verordnete Fusion von Feuerwehren in diesem Land geben. Freiwillige Feuerwehren sind Teil der örtlichen Gemeinschaft und Identität und sollen es auch bleiben. Wer für die Gemeinschaft seine Gesundheit riskiert, muss gut ausgebildet sein. Die systematische Aus- und Weiterbildung der Kameradinnen und Kameraden beim Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge ist und bleibt daher von hohem Wert. Dafür müssen die Voraussetzungen gesichert werden.

Die Polizistinnen und Polizisten unseres Landes leisten eine hervorragende Arbeit. Sie stehen mit einem hohem persönlichen Engagement für den Schutz der Menschen ein und dienen der Sicherheit. Die Polizei in Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Monaten einen tiefgreifenden Veränderungsprozess erfahren. Polizeistationen wurden aufgelöst, dafür Regionalbereichsbeamte und Streifenbereiche eingeführt. Ich möchte das System Polizei in Ruhe arbeiten lassen und nur dort gemeinsam mit Personalvertretungen und Gewerkschaften ins Gespräch kommen, wo sich die jetzige Struktur nicht bewährt.

Gesundheit ist ein hohes Gut. Das wird einem immer dann bewusst, wenn man dringend auf medizinische Hilfe angewiesen ist. Gerade deshalb haben wir im neuen Rettungsdienstgesetz geregelt, dass bis zum Eintreffen des Rettungswagens grundsätzlich maximal zwölf Minuten vergehen dürfen. Das ist gut so und soll gerade auch vor dem Hintergrund der absehbaren Einwohnerentwicklung in dünn besiedelten

Landesteilen so bleiben. Die Sicherheit, im Notfall schnell Hilfe zu bekommen, darf nicht von der Frage des Wohnortes abhängen.

Wir alle haben das Hochwasser vom Juni 2013 noch gut im Gedächtnis. Es bedarf zum einen vernünftiger Hochwasserschutzanlagen und Deiche, zum anderen brauchen die Flüsse mehr Raum. Wir brauchen mehr Überflutungsflächen, die im Hochwasserfall die Pegelstände absenken. Sicherheit heißt allerdings auch, zu wissen, dass im Schadensfall die Möglichkeit offen steht, Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen. In Zusammenarbeit mit den Versicherern muss ein leichterer Zugang zu Elementarschadenversicherungen unter Ausschluss von Wohnort- und Risikokriterien zu vertretbaren Versicherungsprämien geschaffen werden.

Ein wichtiges Problem der heutigen Zeit ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Lebensmittelskandalen, vor unübersichtlichen Finanzierungmodellen bei Kreditinstituten, vor undurchschaubaren Risiken der Gentechnik oder vor dem Missbrauch persönlicher Daten. Deshalb muss Sachsen-Anhalt den Verbraucherschutz effektiver ausgestalten. Es gilt, dem gestiegenen Beratungsbedarf etwa bei Finanzprodukten und Finanzdienstleistungen nachzukommen, effektive Kontrollteams aus Polizei, Staatsanwaltschaften, Datenschützern, Lebensmittelkontrolleuren und Veterinären mit verbesserten Kontrollmöglichkeiten aufzustellen und die Verbraucherschutzzentralen zu stärken. Eine künftige Landesregierung muss Verbraucherinformation und Verbraucherschutz ausreichend absichern. ■

11. Energie mit Zukunft

Die Energiewende beeinflusst alle Bereiche unseres Lebens, ob beruflich oder privat. Sie wird auch in den nächsten Jahren ein wichtiges Projekt bleiben. Mit ihr sichern wir ein gesundes Lebensumfeld für uns, unsere Kinder und Kindeskinder. Viele zentrale Fragen hängen von ihrem Gelingen ab. Viele von uns können sich noch gut daran erinnern, wie es vor 25 Jahren in Leuna und Bitterfeld ausgesehen und gerochen hatte. Heute ist die Region sehr lebenswert und touristisch attraktiv, obwohl die chemische Industrie bis heute dort beheimatet ist. Das beweist: Industrie – auch energieintensive – und eine gesunde Umwelt schließen sich nicht mehr aus. Gesunde Luft, saubere Flüsse und Seen sowie nicht kontaminierte Böden sind die Grundlagen unserer Heimat.

Seit 2006 produziert Sachsen-Anhalt nicht zuletzt aufgrund der Erneuerbaren Energien mehr Energie, als wir im Land verbrauchen. Die Grundlastversorgung wird aber immer noch von der Braunkohle getragen. Das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben. Langfristig ist Braunkohle zu wertvoll, um sie nur für die Erzeugung von Strom zu nutzen. Zum einen brauchen wir sie für die Herstellung hochwertiger chemischer Grundstoffe und Basisprodukte. Zum anderen müssen die CO_2-Belastungen weiter reduziert werden, damit unsere Welt gesund bleibt. Daher brauchen wir ein ehrliches Szenario für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Bis dahin muss die Zeit genutzt werden, Alternativen aufzubauen, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltfreundlich umzubauen.

Über 42 Prozent der in Sachsen-Anhalt produzierten Energie besteht bereits heute aus Erneuerbarer Energie. Den größten Anteil daran hat die Windkraft. Ein weiterer Ausbau der Photovoltaik und der Bioenergie ist möglich. Dafür müssen jedoch die Energiespeicher weiterentwickelt und geplante Transportnetze gebaut werden. In Ostdeutschland zahlen wir höhere Stromkosten als in anderen Bundesländern, weil wir die Kosten für den Ausbau der Übertragungsnetze alleine schultern. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt und eine zusätzliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger. Dies hat neben dem konkreten Mehraufwand auch negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende. Für den weiteren Ausbau der Übertragungsnetze ist es also notwendig, dass die Kosten – wie bisher bei Offshore-Anlagen auch – bundesweit umge-

legt werden. Auch die bisher geleisteten Ausgaben müssen angerechnet werden.

Bei der Planung von Überlandleitungen zur Verteilung der Energie von Nord- nach Süddeutschland wird auch Sachsen-Anhalt betroffen sein. Dabei geht es darum, dass wir unseren Energie-Überschuss dorthin weiterleiten, wo er gebraucht wird. Selbstverständlich müssen bei diesen Planungen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, um die Akzeptanz der notwendigen Trassen zu erhöhen.

Die Energiewirtschaft in Sachsen-Anhalt ist ein wichtiger Arbeitgeber und seit vielen Jahren eine Boom-Branche. Dabei profitieren vor allem Handwerksbetriebe durch die Installation von Anlagen der dezentralen Energieversorgung. Große Windkraftanlagenbauer haben in Sachsen-Anhalt ihre Produktionsstätten. An unseren Hochschulen werden die Ingenieurinnen und Ingenieure auch für die Energiewirtschaft ausgebildet.

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien und die Reduzierung des Verbrauchs sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Wir müssen uns immer vor Augen führen, wie lange die Entstehung unserer Energieressourcen gedauert hat und wie schnell wir sie verbrauchen. Daher gilt: Die gesündeste und umweltschonendste Energie ist die, die wir nicht verbrauchen. Dazu zählt für mich eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Mit der Gründung der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt (LENA) und dem millionenschweren Modernisierungsprogramm für Schulen und Kitas (STARK III) sind wir in den letzten Jahren wichtige Schritte zu mehr Effizienz gegangen. Diese Arbeit muss fortgesetzt werden. Und aus diesen praktischen Erkenntnissen vom energieeffizienten Bau bis hin zum Passivhaus sollen künftig in Sachsen-Anhalt alle öffentlichen und privaten Bauherren profitieren.

Gleichzeitig müssen wir die Bezahlbarkeit von Energie sichern. Eine warme Stube darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Energetische Modernisierung muss mit Augenmaß erfolgen. Es geht nicht um eine Modernisierung um jeden Preis, sondern darum, notwendige Investitionen und Umlagen auf die Miete mittelfristig durch Energieeinsparungen zu verringern.

Ich stehe zu unseren kommunalen und regionalen Energieversorgern. Unsere Stadtwerke sind eine zentrale Säule der Energiewende. Sie tragen als sichtbarer Teil des gesellschaftlichen Lebens vor Ort vielfach zum Gemeinwohl bei. Daher ist eine Privatisierung von Stadtwerken für mich keine Basis für eine langfristige, sichere Energieversorgung. ■

12. Demografischer Wandel als Herausforderung

Für die Zukunft unseres Landes wird der „Megatrend" des demografischen Wandels eine wesentliche Herausforderung sein. Die Fakten sind bekannt: Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft und wird immer älter. Sachsen-Anhalt ist dabei eines der am stärksten betroffenen Bundesländer. Seit 1990 ist die Bevölkerungszahl in Sachsen-Anhalt um etwa 20 Prozent zurückgegangen, bis zum Jahr 2030 wird ein weiterer Rückgang um 17 Prozent prognostiziert. Damit hätte Sachsen-Anhalt in vier Jahrzehnten fast ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Zudem wird der Anteil der älteren Menschen stark zunehmen. Lag das Durchschnittsalter der Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter im Jahr 1990 noch bei 39 Jahren, wird es für 2025 mit 50 Jahren prognostiziert. Dieser Trend ist nicht komplett umkehrbar, wohl aber ist er abzumildern. So haben in den letzten Jahren die tatsächlichen Bevölkerungszahlen die ursprünglichen Prognosen regelmäßig übertroffen.

Die Bewältigung des demografischen Wandels ist daher ein wichtiger Bestandteil der Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt. Einiges haben wir schon erreicht. Die aktuellen Zahlen zeigen eine erfreuliche Tendenz. Der Wanderungssaldo ist in Sachsen-Anhalt inzwischen fast ausgeglichen. Diese Entwicklung will ich in den nächsten Jahren verstärken.

Unser Land ist besser als seine Wahrnehmung von außen. Sachsen-Anhalt ist das am meisten unterschätzte Bundesland. Wir haben nicht nur wirtschaftlich und sozialpolitisch, sondern auch kulturell viel zu bieten: die Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg, das Bauhaus, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich – um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Ich will, dass Sachsen-Anhalt als modernes, lebenswertes und weltoffenes Land über unsere Landesgrenzen hinaus deutlich erkennbar ist. Dafür werde ich unser Außen- und Innenmarketing stärken.

Die positive Entwicklung beim Wanderungssaldo verdanken wir auch der steigenden Anzahl von Menschen aus anderen Ländern, die zu uns kommen. Auch darin liegt eine Chance, die ich nutzen will. Wir brauchen eine Strategie für qualifizierte Zuwanderung und Qualifizierung von Menschen, die zu uns kommen. Ich werde mich für ein modernes Einwanderungsgesetz in Deutschland einsetzen, das die Zugänge für Fachkräfte erweitert.

Gut ist: In Sachsen-Anhalt werden wieder mehr Kinder geboren. Die Geburtenrate ist in den letzten Jahren leicht angestiegen und liegt über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Ganz sicher wirkt sich dabei der von der SPD durchgesetzte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder positiv aus. Sachsen-Anhalt ist nicht nur Vorreiter bei den rechtlichen Regelungen, sondern weist bundesweit eine Spitzenposition bei der Betreuungsquote der unter Dreijährigen auf. Auch die Erwerbsquote von Frauen ist in Sachsen-Anhalt erfreulich hoch und liegt weit über dem Durchschnitt der alten Bundesländer.

Trotz dieser erfreulichen Tendenzen wird ein Sinken der Bevölkerungszahlen nicht vollständig aufzuhalten sein. Nach den Abwanderungswellen der vergangenen Jahrzehnte fehlen in Sachsen-Anhalt besonders junge Frauen, so dass langfristig immer weniger Kinder geboren werden. Wir müssen daher die Förderung von jungen Frauen, Müttern und Familien zu einem zentralen Schwerpunkt unserer Politik machen. Sachsen-Anhalt muss attraktivere Rahmenbedingungen schaffen, damit junge Frauen und ihre Familien hier bleiben beziehungsweise ins Land kommen. Ich will, dass Sachsen-Anhalt zukünftig eine Vorreiterrolle bei den Themen Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erwerbsquote von Frauen und Entgeltgleichheit einnimmt.

Der ländliche Raum braucht neue Strategien. Dafür gibt es einige Beispiele wie die Einführung von Nachfragebussen (Projekt der NASA), die Ergänzung der medizinischen Versorgung durch Wiederentdeckung der Gemeindeschwester (Projekt Schwester Agnes) oder die zunehmende interkommunale Zusammenarbeit und Vernetzung. In Zukunft werden wir noch viel stärker die technischen Möglichkeiten der Vernetzung nutzen (E-Government). Das setzt voraus, dass wir eine hohe Priorität auf den flächendeckenden Breitbandausbau legen.

Ich will eine Diskussion über die Standards im ländlichen Raum anstoßen. Es gibt eine Vielzahl gesetzlicher Vorschriften und Standards, die viele Bereiche unseres Lebens von der Breite einer Straße bis zur Länge eines Standstreifens regeln. Doch was in der Stadt vernünftig ist, muss auf dem Land noch lange nicht passen. Oft entsteht der Eindruck, dass einiges überdimensioniert ist, und dass gerade dieses „über" so hohe Kosten verursacht, dass einige Dinge gar nicht gebaut werden. Nichtbauen ist aber oft die schlechteste Variante, wenn es um Lebensqualität geht. Ich will darüber diskutieren, wie man Lebensqualität erhöht, indem man Standards entschlackt: besser ein passgenauer Bau als ein standardisierter Nichtbau.

Sachsen-Anhalt muss als das „Demografieland" eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung innovativer Maßnahmen übernehmen. Die bereits bestehende Demografieallianz und der Demografiebeirat sind ein guter erster Schritt. Die Demografieentwicklung ist eine zentrale politische Querschnittaufgabe, die auch so behandelt werden muss. Dazu gehört die Einbindung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Auch der Gesetzgeber muss sich dieser Herausforderung stellen. Dabei liegen viele Ideen auf dem Tisch, sie müssen gebündelt und umgesetzt werden. ■

13. Solide haushalten – vernünftig abwägen

Solide Finanzpolitik und Zukunftsinvestitionen sind zwei Seiten einer Medaille. Zum einen dürfen wir zukünftigen Generationen keine neuen Schulden aufbürden, zum anderen brauchen wir auch in Zukunft einen Gestaltungsspielraum. Beides miteinander zu verbinden und vernünftig abzuwägen, ist die Herausforderung für die Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt.

Dafür haben wir in den letzten zehn Jahren die Basis gelegt. Sachsen-Anhalt erfüllt bereits heute die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse. Der Haushalt ist in seinen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Das ist wichtig für die Zukunft unseres Landes. Dabei ist die Konsolidierung des Haushaltes kein Selbstzweck, von einer steigenden Verschuldung profitieren letztlich nur die Banken.

Unabhängig davon brauchen wir eine solide Finanzierung der öffentlichen Hand. Nur so lassen sich auf der einen Seite notwendige Investitionen tätigen und auf der anderen Seite die öffentliche Daseinsvorsorge, die sozialen Sicherungssysteme, die öffentliche Infrastruktur und ein leistungsfähiges Bildungssystem gewährleisten. Das muss unser gemeinsames Ziel bleiben. Dabei sind die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Verkauf von Landesvermögen für einen einmaligen Haushaltsausgleich für mich keine geeigneten Instrumente.

Wir wissen bereits heute um einige finanzielle Rahmenbedingungen für Sachsen-Anhalt. Nach dem Jahr 2019 endet der Länderfinanzausgleich, der die Einnahmen der Länder untereinander solidarisch ausgleicht. Gleichzeitig läuft der Solidarpakt II, durch den die neuen Bundesländer besondere finanzielle Unterstützung erhalten, aus. Zudem enden die Konsolidierungshilfen für besonders verschuldete Länder. Das heißt, ab 2020 muss Sachsen-Anhalt auf eigenen Füßen stehen. Wir werden das schaffen, denn wir sind auf einem guten Weg. Sachsen-Anhalt hat als einziges der fünf Konsolidierungsländer die mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungsschritte eingehalten und kann ohne Aufsicht des Stabilitätsrats arbeiten. Das ist Ergebnis einer soliden Finanzpolitik der letzten Jahre.

Das Ziel gleicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland werden wir ebenfalls weiterverfolgen. Deshalb brauchen wir auch nach 2019 ein solidarisches System des Länderfinanzausgleichs. Dabei darf es aber nicht mehr nach Himmelsrichtungen gehen, sondern nach Unterstützungsbedarf. Strukturschwache Regionen gibt es neben den ostdeutschen Bundesländern im gesamten Bundesgebiet. Sie alle brauchen Hilfe und Unterstützung.

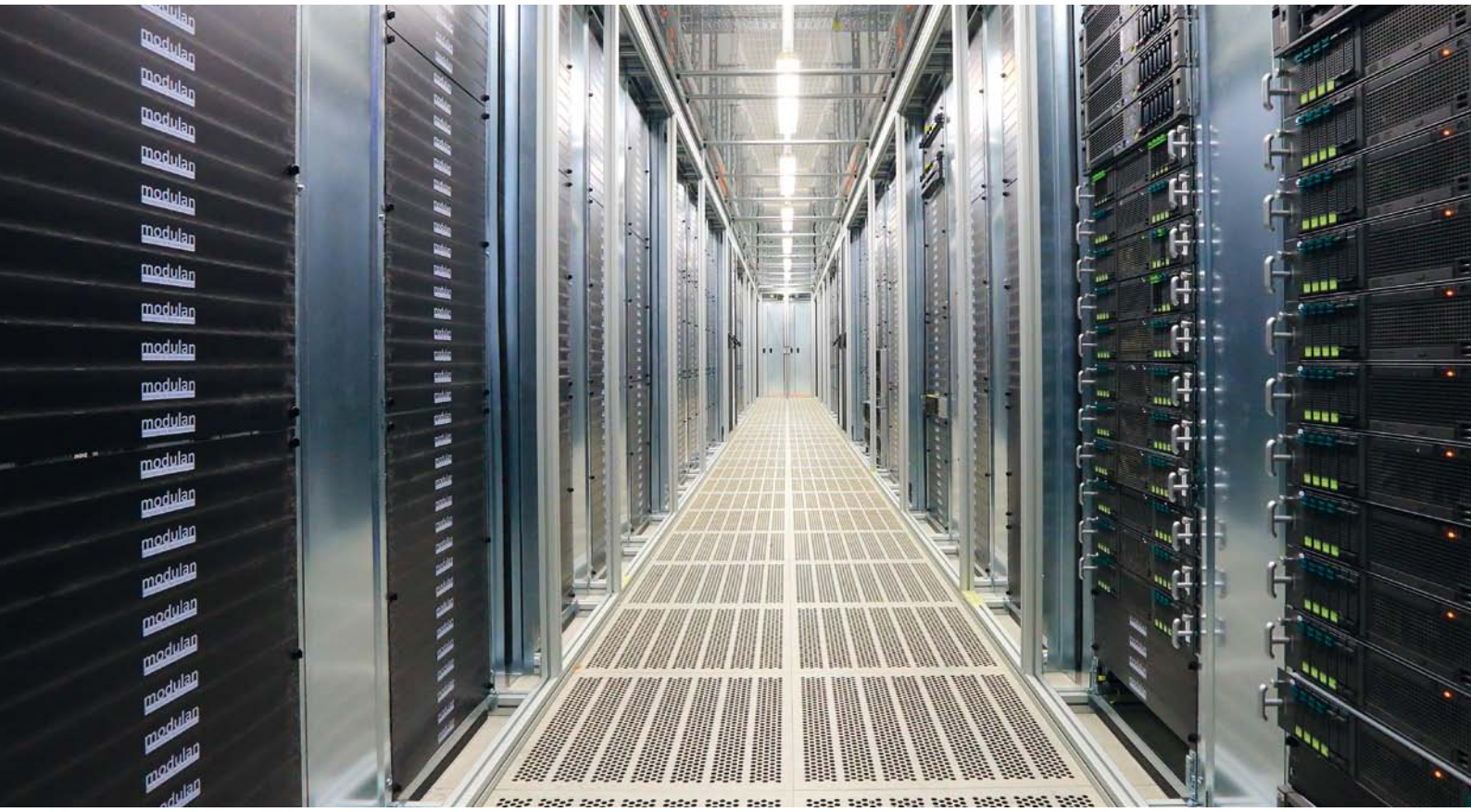
So sehr wir uns im Land auch anstrengen, es bedarf auch bundespolitischer Entscheidungen, um Einnahmen und Ausgaben langfristig in der Waage zu halten. Dazu gehört eine angemessene Besteuerung von Vermögen, insbesondere durch die verfassungsgemäße Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Vor allem dürfen wir nicht zulassen, dass der Steuerbetrug immer mehr zunimmt und ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Dummen sind. Wir werden uns intensiv für die Bekämpfung des Steuerbetrugs und eine effektivere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern einsetzen.

14. Digitales Sachsen-Anhalt

In den letzten zwanzig Jahren hat der digitale Wandel unsere Lebenswelt nachhaltig verändert. Das betrifft unser Privatleben ebenso wie die Wirtschafts- und Arbeitswelt. Wir kaufen über das Internet ein, lesen Bücher und Zeitungen im Netz, hören Musik und schauen Filme aus dem Internet. Wir erledigen unsere Bankgeschäfte online oder nutzen Online-Angebote der öffentlichen Verwaltung. Unsere Kommunikation ist schneller geworden, E-Mail, SMS, Messenger gehören für viele Menschen zum Alltag. Private, berufliche und geschäftliche Kontakte und Informationen werden über die sozialen Netzwerke geteilt und gepflegt.

Der digitale Wandel eröffnet neue ökonomische und gesellschaftliche Chancen, die es vorher nie gegeben hat. Die Vernetzung von Forschung und Entwicklung, die weltweite Verfügbarkeit von Wissen und der kulturelle Austausch über das Internet bieten ungeahnte Möglichkeiten. Gleichzeitig birgt dieser Wandel auch Risiken. Errungene Freiheitsgrundrechte gelten im Internet scheinbar nicht, und wir müssen eigenverantwortlich dafür sorgen, die Kontrolle über unsere persönlichen Daten nicht zu verlieren.

Wollen wir die Chancen des Internets nutzen, müssen wir dafür sorgen, dass unsere Grundrechte auch online gelten. Das Internet darf für niemanden ein rechtsfreier Raum sein. In der „Offline"-Welt ist es selbstverständlich, dass Freiheit, Demokratie und soziale Teilhabe gelten. Online muss das genauso selbstverständlich werden.



Wer Teil der digitalen Welt sein will, muss das erforderliche Wissen dafür mitbringen. Den Grundstein hierfür legen wir in der Schule. In den meisten Klassenzimmern hängen noch Tafel und Kreide. Das ist so zeitgemäß wie Apps in einer Telefonzelle. Wir brauchen in Sachsen-Anhalt eine Verstärkung der Initiative für das digitale Klassenzimmer. Dazu benötigen wir pädagogische Konzepte, ein besseres Engagement der Schulbuchverlage sowie eine zeitgemäße Motivation und Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer.

Zeitgemäße Schule muss grundlegende Kenntnisse der Informationssicherheit und des Datenschutzes vermitteln. Aufbauend auf modernen Bildungskonzepten müssen die Hochschulen und Universitäten den Boden für Wissenschaft und innovative Unternehmen in der digitalen Gesellschaft bereiten.

Zukunftsfähige und innovative Arbeitsplätze werden künftig nicht nur an den Werkbänken, sondern insbesondere in der digitalen Wirtschaft entstehen. Dafür müssen wir kluge Köpfe aus dem Umfeld der digitalen Zukunftstechnologien für Sachsen-Anhalt gewinnen.

Die Landesverwaltung soll Teil der digitalen Welt sein und ihr nicht einfach hinterherlaufen. Voraussetzung dafür ist eine digitale politische Kultur, die sich den Themen und Bedürfnissen öffnet. Dazu muss eine Open-Government-Strategie umgesetzt werden, die über eine Beteiligungskultur im Internet die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. Gute Beispiele dazu gibt es bereits. Darauf will ich aufbauen. Ich werde die Kommunikation mit den Verwaltungen weiter vereinfachen, die Behördenabläufe mit der E-Akte und dem papierlosen Büro beschleunigen. Hierzu bedarf es zwingend der Schaffung und Umsetzung eines E-Government-Gesetzes in Sachsen-Anhalt. Seit vielen Jahren besteht bereits bei der elektronischen Verwaltung eine Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen auf freiwilliger Basis. Diese Zusammenarbeit werde ich weiterentwickeln. So entsteht ein direkter Nutzen für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen des Landes.

Sachsen-Anhalt soll ein Land für digitale Innovationen, von digitaler Partizipation und digitaler Transparenz in den Feldern Politik und Verwaltung werden. Wir legen den Grundstein für die sogenannte Industrie 4.0 in Sachsen-Anhalt und werden Gestalter der neuen Zeit!

Gemeinsam nach vorn

Sachsen-Anhalt ist ein schönes Land, aber es kann noch besser werden. Ich möchte gern weiter dafür arbeiten, dass es den Menschen in den Städten und Dörfern gut und möglichst sogar besser geht, dass alle Generationen ein erfülltes Leben haben, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können, dass sie bestmöglich ausgebildet werden, dass Lebensperspektiven nicht vom Geldbeutel abhängen, und dass wir in Würde altern können.

Ich will, dass wir gemeinsam unserer Heimat Sachsen-Anhalt wieder zu dem Ansehen verhelfen, das sie lange hatte. Schon immer wirkten im heutigen Sachsen-Anhalt Menschen, die von einer visionären Idee überzeugt waren und die die Gesellschaft mit ihren Erfindungen und ihren humanistischen Überzeugungen voranbrachten. Das weltweit erste synthetische Benzin aus Braunkohle kommt aus Leuna und heißt bis heute Leuna-Benzin. Der Verein Deutscher Ingenieure gründete sich in Alexisbad. Die Halloren Schokoladenfabrik AG in Halle (Saale) ist die älteste bis heute produzierende Schokoladenfabrik Deutschlands. Winckelmann gilt als Begründer der wissenschaftlichen Archäologie und der Kunstgeschichte. Kulturell gaben Händel, Cranach, Telemann oder Weill unserer Region weit über ihre Grenzen hinaus ein Gesicht.

Jedes Negativ-Klischee über Sachsen-Anhalt ist eine Herabwürdigung der Leistung der Menschen unseres Landes. Natürlich wird niemand die Augen davor verschließen, dass es bei uns noch viel zu tun gibt und wir die Ärmel weiter hochkrempeln müssen. Ganz bestimmt werden wir auch in den kommenden Jahren den einen oder anderen Rückschlag erleben und mit Enttäuschungen leben müssen. Ausschließlich rosige Zeiten zu versprechen – das wäre eine Lüge. Doch wir werden uns von Enttäuschungen und Rückschlägen erholen. Das haben wir in der Vergangenheit getan und werden es mit unserer eigenen Stärke auch weiterhin tun. Ich bin es leid, dass Menschen aus Sachsen-Anhalt wegziehen, weil sie glauben, hier keine Perspektive zu haben, oder Menschen außerhalb Sachsen-Anhalts denken, hier könne man nicht glücklich sein.

Diese Vorurteile aufzubrechen ist ein Gemeinschaftsprojekt. Wir können mehr als früh aufstehen! Sachsen-Anhalt ist ein Land der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Studierenden und der Familien, ein Land des Handwerks und des Mittelstandes. Lassen Sie uns gemeinsam nach vorn gehen und daran arbeiten, dass Sachsen-Anhalt weiter an Attraktivität gewinnt, ein weltoffenes Land bleibt und weit über unsere Landesgrenzen hinaus positiv wahrgenommen wird. Die Zeit der falschen Bescheidenheit und des fehlenden Selbstbewusstseins ist in meinen Augen vorbei. ■

SPD-Landesverband
Bürgelstraße 1
39104 Magdeburg
Tel.: 0391 536560
lv.sachsen-anhalt@spd.de

SPD-Landtagsfraktion
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Tel.: 0391 5603019
fraktion@spd.lt.sachsen-anhalt.de